

**Stellungnahme zur Anhörung im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
von Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e.V.**

Die heutige Anhörung beschäftigt sich mit den Programmen der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus.

Dabei handelt es sich aus meiner Perspektive um drei Programmkomplexe, die Gegenstand dieser Anhörung sind:

1. Der Programmkomplex um die Programme CIVITAS, Entimon und XENOS, der zum Ende des Jahres 2006 ausläuft und im Programmbestandteil CIVITAS um ein halbes Jahr bis zum Juni 2007 verlängert wurde. Dabei beziehe ich mich hier ausschließlich auf das CIVITAS-Programm.
2. Das ab Januar wirksam werdende neue Aktionsprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“
3. Ein inhaltlich noch nicht näher beschriebenes Programm im Bundeshaushalt unter dem Titel „Förderung von Beratungsnetzwerken“ mit 5 Mio. eingestellt ist.

Vorwort

Eine Rückschau auf die Ergebnisse der Arbeit der vergangenen 6 Jahre im Programmbereich CIVITAS, zeigt¹, dass die Arbeitsansätze erfolgreich umgesetzt wurden.

Verwiesen sei an dieser Stelle darauf, dass der Arbeitsansatz „Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft“ über die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vor Ort auf den Weg gebracht werden konnte.

Auf den Weg zu sein, heißt aber auch, noch nicht am Ziel zu sein.

Die Stärkung demokratischer Zivilgesellschaft und damit das Zurückdrängen des Rechtsextremismus ist eine langfristige, dauerhafte und vor allem gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, wo Bund, Länder und Kommunen in der Verantwortung stehen.

Es geht in unserer Arbeit um den Aufbau demokratischer Strukturen und um Prozesse der Bewusstseins- und Einstellungsveränderungen bei Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen. Das Motto der Arbeit des Kulturbüro Sachsen e.V, ist deshalb folgerichtig und auch künftig gültig:

„Arbeit für demokratische Kultur ist Arbeit gegen Rechtsextremismus.“

Dabei hat in den vergangenen Jahren das Kulturbüro Sachsen e.V. mit seinen mobilen Beratungsteams eingebunden in das sächsische Netzwerke „Tolerantes Sachsen“ einen erheblichen Beitrag geleistet:

Durch die Beratungs- und Begleitungsarbeit, durch Fortbildungsangebote, durch thematische Projektarbeit und vor allen durch Politikberatung und die immerwährende Einmischung in politische Diskurse können wir in Sachsen heute folgende Klimaveränderungen, die sich in der Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft ausdrücken, beschreiben:

- Es gibt zunehmend mehr Gemeinden und Kommunen, die das bei ihnen vor Ort bestehende Problem des Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Facette als Problem auf die Agenda heben und Bereitschaft signalisieren, mit der Zivilgesellschaft Handlungsstrategien zu entwerfen und umzusetzen. Wenn ich sage zunehmend mehr, dann ist das mit Nichten die Mehrheit. Allerdings gibt es mittlerweile zahlreiche Kommu-

¹ Siehe Evaluationen unter www.jugendstiftung-civitas.org

nen, die Beratungsprozesse zur Stärkung der Demokratie und zur Bildung demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen durchlaufen haben und mit dem Ergebnis einer Vitalisierung demokratischer Grundwerte Erfolg versprechend in die Zukunft blicken.

- Es haben sich in Sachsen Netzwerke gebildet, die aktiv und engagiert miteinander den Kampf gegen die Dominanz rechtsextremer Strukturen vor Ort aufnehmen und mit eigenen Konzepten für mehr Demokratie und vor allem für deren Wertschätzung kämpfen. Diese Netzwerke auf lokaler, regionaler und sachsenweiter Ebene speisen sich aus allen Teilen der Gesellschaft, Bürgerinnen und Bürger vor Ort arbeiten mit Kirchen, Gewerkschaften, Schulen, Eltern, örtlichen Wirtschaftsunternehmen, Parteien konfessions- und generationsübergreifend an diesem Thema. Dabei werden die Kommunen selbstverständlich mit einbezogen, was aber nicht immer gelingt (siehe 1. Anstrich)
- Es gibt in politischen Äußerungen der sächsischen Landespolitik eine deutliche Haltung, dass die demokratiegefährdenden Potentiale des Rechtsextremismus ein gewichtiges gesellschaftliches Problem darstellen.
- Wir haben heute ein für diese Thema bundesweit sensibilisierte Medienlandschaft, die Demokratieentwicklung und Umgang mit Rechtsextremismus als Thema dauerhaft in seinen Entwicklungen medial dokumentiert.

Diese Ergebnisse sind erfreulich, aber noch lange nicht ausreichend, um allen Bürgerinnen und Bürgern, den Wert der Demokratie zu vermitteln und sie zu ermuntern daran teilzuhaben.

Die Ergebnisse waren einerseits möglich, da sie meine Damen und Herren, des Bundestages deutlich gemacht haben, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht föderalisiert und kommunalisiert werden kann, sondern eine gesamtgesellschaftliche und damit auch bundesweite Aufgabe ist.

Nicht desto trotz finde die konkrete Arbeit immer vor Ort in den Kommunen statt und muss dort mit Beratungskompetenzen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger, als auch für Politik und Verwaltung angereichert werden.

Ich komme jetzt zur Einschätzung der drei oben genannten Programmansätze.

1. Der Programmkomplex um die Programme CIVITAS, Entimon und XENOS, der zum Ende des Jahres 2006 ausläuft und im Programmbestandteil CIVIAS um ein halbes Jahr bis zum Juni 2007 verlängert wurde.

Schon die Überschrift dieses Abschnittes beschreibt eine fatale Situation. Ein auslaufendes Bundesprogramm mit einer halbherzigen Verlängerung bei unvermindertem Fortbestand der Problemlage und der gesellschaftlichen Aufgabe demokratische Strukturen zu stärken kann keine Lösung sein.

Ich kenne die Argumentation, dass der Bund nur modellhaft Projekte in den Ländern und Kommunen implementieren kann – Impulsgeber sein kann - um nicht in die Hoheit von Kommunal- und Landesaufgaben einzugreifen. Diese Position ist wichtig und nachvollziehbar.

Allerdings steht dem gegenüber, dass wir dauerhafte gesellschaftliche Aufgaben – und dazu gehört die Wahrung, Stärkung und Wertschätzung der Demokratie und die Bekämpfung des Rechtsextremismus - nicht über temporäre Modelle bewältigen können.

Die Aufgabe braucht dauerhafte Förderung und Begleitung auf allen föderalen Ebenen - durch Bund, Länder und Kommunen. Und Möglichkeiten dafür gibt es ja auch.

Erinnert sei hier z.B. an das seit 1996 arbeitende Bündländerprogramm „Soziale Stadt“ wo der Bund dauerhaft in kommunale „soziale Brennpunktgebiete“ fördert, oder an den Bundes Kinder- und Jugendplan.

Für Mobile Beratungsteams bedeutet das Auslaufen des Programms und die einmalige Verlängerung um ein halbes Jahr den Verlust der über 6 Jahre aufgebauten Beratungskompetenzen.

Schon das Förderverfahren der letzten Jahre in denen unsere Arbeit immer wieder durch Mittelkürzungen und haushaltsjährliche Förderung in Frage gestellt wurde, hat mit dem jetzt drohenden Auslaufen im Juni 2007 folgende Auswirkungen:

- Trägerstabilitäten sind gefährdet, wenn es nicht gelingt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive zu geben.
- Zum Jahresende erhalten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit schöner Regelmäßigkeit die Kündigungen, die Büros, etc. werden gekündigt, da die Perspektive im Folgejahr unklar ist.
- Damit ist vor allem die Verbindlichkeit gegenüber den Partnern in den Kommunen ein eklatantes Problem, was an die Grenzen der Glaubwürdigkeit und der Akzeptanz von Beratung rührt. Wenn die Mobilen Beratungsteams den Partnern vor Ort, seien es Bürgermeister, Politiker, oder andere, im Herbst keine Perspektive eines erfolgreich begonnenen Prozesses im Folgejahr anbieten können, wird die Qualität professionellen Handelns in Frage gestellt.
- Gleiches gilt selbstverständlich auch für die Opferberatungsstellen, die im Dezember den Opfer von rechtsextremen Übergriffen keine Perspektive in der Begleitung bieten können.
- Gleiches gilt auch für die Netzwerkstellen und die Projekte, die lokal, regional und überregional arbeiten, wie die Aktion Zivilcourage, das Netzwerk für Demokratie und Courage und das Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen.

Die Letztgenannten kommen derzeit in keinem neuen Programmansatz vor und stehen bereits ab Januar vor dem Aus.

Die Verlängerung um ein halbes Jahr verschärft die oben genannte Situation dramatisch, für die Mitarbeiter, die Träger, die Partner in den Netzwerken und Beratungsprozessen, ganz zu schweigen von dem zusätzlichen Verwaltungsaufwand, den eine Halbjährlichkeit erzeugt.

Und so ist aus unserer Perspektive die Verlängerung des CIVITAS Programms bis Juni 2007 für Mobile Beratungsteams und Opferberatungsteams ein Signal des guten Willens, aber bei weitem keine Lösung, die den inhaltlichen Anforderungen der Arbeit und dem Programmziel gerecht wird.

Und damit möchte ich mich dem nächsten Programm zuwenden.

2. „Förderung von Beratungsnetzwerken“, mit 5 Mio. im Bundeshaushalt eingestellt

Derzeit gibt es 2 inhaltliche Leitlinien, die ich auf Basis der Presseberichterstattung wahrnehme:

- Weiterführung von Mobiler Beratungsarbeit und Opferberatung;

- Implementierung von bundesweiten Kriseninterventions- und Beratungsnetzwerken unter Nutzung der Kernkompetenzen von Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen.

Eine bis dato inhaltlich nicht ausformulierte Leitlinie bietet die Chance, Gedanken über ihre Ausgestaltung zu formulieren. Das will ich gerne tun.

Erfreulich ist, dass es einen politischen Willen gibt, die Kernkompetenzen² Mobiler Beratungsarbeit³ und Opferberatungsarbeit in das neue Programm zu überführen.

Dabei sollten unbedingt die Netzwerkstellen und die Projekte, die lokal, regional und sachenweit arbeiten im Blick behalten werden.

In Sachsen hat sich bereits 2001 das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ gegründet in dem die Ressourcen von Mobiler Beratung, Opferberatung, der Netzwerkstellen und knapp 80 lokal, regional und auch landesweit arbeitenden Initiative gebündelt werden.

So ist es möglich, z. B. als Mobiler Berater schnell vor Ort Ansprechpartner zu finden, und gemeinsam mit diesen, zivilgesellschaftliche Kräfte in lokal arbeitenden Zusammenhängen zu aktivieren. Beispielsweise kann innerhalb eines Beratungsprozesses Kontakt zum NDC aufgenommen werden, die dann an der örtlichen Schule Projekttag durchführen, oder uns als Mobile Berater auf Problemlagen an Schulen aufmerksam machen können.

Das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ hat heute 100 Initiativen, Vereine und Träger als Mitglieder die gemeinsam in Demokratisierungsprozessen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus über diese Netzwerkstrukturen kommunizieren und die Kompetenzen über das Land hin austauschen. Hier werden gelungene Arbeitsansätze übertragen werden, Kontakte geknüpft und hier wird natürlich auch politische Lobbyarbeit gemacht.

Das neue Programmdesign kann die Stärkung von Beratungsnetzwerken in Ostdeutschland sinnvoll mit den Beratungs- und Projektkompetenzen sowohl landesweit, als auch vor Ort verbinden:

Zwei Säulen sollten Beachtung finden:

- **Beratungs- und Projektarbeit vor Ort** durch Mobile Beratungsteams, Opferberatungsstellen, Netzwerkstellen und durch Projekte, wie die Aktion Zivilcourage, das Netzwerk für demokratische Kultur in Wurzeln (die lokal verankert sind) und das Netzwerk für Demokratie und Courage (Projektschultage länderübergreifend)⁴.
- **Vernetzung der Kompetenzen** in landes- und perspektivisch auch in bundesweiten Strukturen.

² Kernkompetenzen, Mobiler Beratungsteams, von Opferberatungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt, der Netzwerkstellen und der lokalen, regionalen und überregionalen Projekte lassen sich auf den Homepages nachlesen und sind in den Evaluationen analysiert und bewertet worden.

³ Hervorgehoben sei an dieser Stelle, dass Mobile Beratung auf 2 Säulen ruht.

Der Intervention und der Prävention. Nur Intervention ist nicht nachhaltig, wenn sich daran kein Prozess anschließt, der dann auch wiederum präventiven Charakter für künftige Krisensituationen trägt.

Präventionsarbeit ist das Hauptaufgabenfeld der Mobilen Beratungsteams wobei sich hinter jeder Problemanzeige Rechtsextremismus auch eine krisenhafte Situation verbergen kann. Der Begriff der Krise ist im Kontext der Problemlagen vor Ort unscharf und wenig produktiv.

⁴ Die Netzwerkstellen und die genannten Projekte finden sich bis jetzt in keinem Programm wieder und stehen nach wie vor ab Januar, genauso wie die Netzwerkstellen vor den aus. Das sind Leuchttürme der Demokratieentwicklung vor Ort lokal verankert und anerkannt, Unterstützung brauchen.

Die Ausgestaltung des neuen Programms sollte sich also dezidiert auf die vorhandenen Ressourcen stützen und dem Druck der Bundeshaushaltsordnung widerstehen – die Träger zu zwingen sich neu zu erfinden.

3. Ab Januar wirksam werdendes neue Aktionsprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Sehr lobenswert ist, dass die Bundesregierung mit diesem Aktionsprogramm an ihr Engagement zur Stärkung demokratischer Strukturen anknüpft und sich hier mit einem neuen Aktionsprogramm auch in den kommenden Jahren engagieren wird.

Kommunen in ihrer Verantwortung für Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken ist richtig und wichtig. Ihnen dabei aber auch die Chance zu geben auf Kompetenzen aus der Zivilgesellschaft zurückzugreifen und diese in die Gestaltung einer demokratischen Kultur in den Kommunen einzubeziehen, heißt in Ostdeutschland gewachsene zivilgesellschaftlichen Strukturen stärken.

Hier möchte ich stichpunktartig die Webfehler dieses Programms aus Trägerperspektive aufzählen:

- Umsteuerung auf Kommunen als alleinige Zuwendungsempfänger in der Säule 1 ist problematisch, da Kommunen oft die Problemlage Rechtsextremismus verkennen.
- Die ausgewählten Aktionsplanregionen müssen nicht mit den Problemgebieten in den jeweiligen Ländern im Bereich Rechtsextremismus übereinstimmen. Was geschieht in den Regionen, die nicht ins Aktionsplangebiet fallen? Wie werden, z.B. Opfer rechts-extremer Gewalt in diese Planungsprozesse einbezogen?
- In Säule 1 ist eine Anbindung der Netzwerkstellen oder der lokalen Projekte nicht möglich, da die Kommunen max. 20.000 € weiterreichen können und diese keine Personalkosten sein dürfen.
- Wer schreibt verbindliche Qualitätsstands für lokale Aktionspläne fest?
- Wie wird die in den Ländern vorhandene Beratungskompetenz mit den Aktionsplänen verbunden, um ein Nebeneinander beider Programme zu vermeiden.

Abschließend erlauben Sie mir einige Wünsche für die Programmgestaltung in den nächsten Jahren zu formulieren:

- Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bleibt auch in den kommenden Jahren eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam schultern müssen.
- Deshalb ist es notwendig, die in Ostdeutschland entstandenen Kompetenzen zur Stärkung der Demokratie in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu erhalten und weiter auszubauen und sie mit den Kompetenzen der Kommunen enger zu verzahnen.
- Dabei sollte der Bund intensiv auf die Länder zugehen, die in ihrem Engagement derzeit noch zurückhaltende sind.
- Erfolgreiche Arbeitsansätze zivilgesellschaftlicher Strukturen sollten verstetigt werden, um fachliche Kompetenzen und Netzwerke weiter ausbauen zu können. Ein Neuerfinden der Träger im zivilgesellschaftlichen Spektrum wäre kontraproduktiv.

- Er ist wichtig, dass die Netzwerkstellen und die Projekte, die lokal (z.B. AZP, NDK) und überregional (z.B. NDC) arbeiten, in den neuen Programmkontexte eingebunden werden.
- Der Programmansatz „Förderung von Beratungsnetzwerke“ sollte sich nahtlos an das Auslaufende CIVITAS Programm anschließen.

Grit Hanneforth
Geschäftsführerin
Kulturbüro Sachsen e.V.